

**Ansprache des ehemaligen Abgeordneten der PDS-Fraktion, Prof. Dr. Werner Bramke, anlässlich der Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ des Sächsischen Landtages am 17. Juni 2003**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren,

zunächst, Herr Präsident, bedanke ich mich, dass Sie meiner Fraktion gestattet haben, einen eigentlichen Deserteur aus dem Landtag hier aus diesem Anlass sprechen zu lassen. Die Kultur des Gedenkens oder nicht Gedenkens des 17. Juni 1953 in den beiden deutschen Staaten bis 1989 beleuchtete die Spaltung Deutschlands und auch, wie die Politiker mit dieser umgingen, im besonderen Maße. In der Bundesrepublik beschloss der Bundestag bereits am 1. Juli 1953, den 17. Juni zum Tag der deutschen Einheit zu erklären und in den Rang eines Feiertags zu erheben. Damit sollte nicht nur der Mut der Aufständischen gewürdigt und der Opfer gedacht werden. Es schien, als sei der Makel des ausgebliebenen Volksaufstands in Nazideutschland getilgt und der 17. Juni zum „Tag der geschichtlichen Rehabilitation der Nation“, so Theodor Schieder, geworden.

Aber die großen politischen Parteien waren sich in der Bewertung durchaus uneinig und stritten darüber, welche politischen Konsequenzen aus dem Ereignis bzw. später aus der Erinnerung an den Tag zu ziehen seien. Willi Brandt würdigte den Aufstand der Arbeiterklasse und er forderte, sofort in Verhandlungen mit den Westmächten einzutreten, um die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen. Bundeskanzler Konrad Adenauer wertete die Erhebung in der DDR als ein Bekenntnis zum Westen und zu seiner Politik der unbeirrbar Westintegration. In den 50er- und 60er-Jahren blieb der 17. Juni für die Parteien, den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Kirchen ein Tag, um die Einheit und die Freiheit für die Menschen in der DDR anzumahnen. Aber spätestens mit der neuen Ostpolitik der Brandt Scheel-Regierung ließ das Interesse der Politiker an diesem Tag nach. Für die Mehrheit der Bevölkerung hatte er längst, aus durchaus nachvollziehbaren Gründen, an Bedeutung verloren.

In der DDR sollte der Aufstand nach dem Willen der SED und Staatsführung möglichst vergessen gemacht werden, was zeigte, wie tief diese getroffen worden war und bis zum Ende ihrer Macht blieb. Egon Bahr berichtete kürzlich, wie traumatisiert noch lange danach sich ein Politbüromitglied - Hermann Axen nämlich - ihm gegenüber in Erinnerung an den Aufstand zeigte, und wir wissen von Mielkes Furcht vor der Wiederholung eines 17. Juni noch im Sommer 1989. Forschungen zum 17. Juni blieben in der DDR ein Tabu, die Parteiführung dekretierte zunächst als offizielle verbindliche Version einen faschistischen, später einen konterrevolutionären Putsch und schließlich 1978 einen konterrevolutionären Putschversuch, der hauptsächlich durch ideologische Diversionen der „zur Aggression drängenden Kräfte des internationalen Kapitals“ vorbereitet worden sein sollte. Bezeichnend auch die Furcht vor Stefan Heyms Buch „5 Tage im Juni“, das auf dem berüchtigten 11. Plenum des ZK der SED 1967 von Erich Honecker wegen der angeblich „völlig falschen Darstellung der Ereignisse des 17. Juni 1953“ besonders aufs Korn genommen wurde und nur 1974 in der Bundesrepublik erscheinen konnte.

Die Version der Parteiführung, soviel dürfte sicher sein, ist zu keinem Zeitpunkt von der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Mehrheit der Bevölkerung geteilt worden. Wenn die Erinnerung an den Aufstand ein wenig verblasste in der Bevölkerung der DDR und die Feiern in Westdeutschland mehr und mehr zu Ritualen wurden, deren Verheißungen als wirklichkeitsfremd galten, hatte das mit dem Zwang des Faktischen, dem man sich anpasste, aber auch damit zu tun, dass neue globale Probleme, vor allem der Zwang der Abrüstung zur Lösung drängten.

50 Jahre nach dem historischen Ereignis und genügend lange Zeit nach der Vereinigung sollte es möglich sein, dass wir uns gleichermaßen voller Respekt vor den Aufständischen und einigermaßen unvoreingenommen, was die Wertung des Geschehens damals betrifft, diesem heute zuwenden. Dabei kommt uns entgegen, dass die Historiker inzwischen bei ihrem Sichten, ohne ihren politischen Standort zu verleugnen, nicht mehr so weit auseinanderliegen. Freilich, wir wissen um die Schwierigkeit des Versuchs des kollektiven Gedenkens, ganz abgesehen davon, dass der Begriff „kollektives Gedächtnis“ in der Fachsprache zwar existiert, das Wort Kollektiv aber inzwischen als fast anrühlich gilt und zumeist durch den Terminus Team ersetzt wird. (Wir können uns vorstellen, wie man das vielleicht komponieren könnte oder nicht könnte.) Im Grunde kann in einer pluralen Gesellschaft ein kollektives Gedächtnis nicht zustande kommen, weshalb es auch eine gute Entscheidung des Landtagspräsidiums gewesen ist, Sprecher der drei Fraktionen und einen Schriftsteller zu Wort kommen zu lassen. Der Aufstand begann als sozialer Protest, hatte aber von Anfang an die Tendenz zur politischen Revolte, so dass Stunden nach den Forderungen der Bauarbeiter der Stalinallee nach Rücknahme der Normerhöhung Teilnehmer der Demonstration die Forderung nach freien Wahlen und nach Herstellung der Einheit erhoben. Dieses Muster wiederholte sich am nächsten Tag vielfach, wozu es keiner Steuerung von außen bedurfte. Auch wenn die Berichterstattung des RIAS rund um die Uhr sicher stimulierend wirkte. Aber die eigentliche Ursache für die relative Gleichförmigkeit der am 17. Juni an verschiedenen Plätzen in der DDR fast gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen, Zusammenläufe und Kundgebungen war die überall gleich wirkende Verschränkung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Konflikte.

Die wirtschaftliche Misere war durch den forcierten Sozialisierungskurs seit 1952 teils hausgemacht, doch auch durch Reparationen, Stationierungskosten für die Rote Armee und durch die Embargopolitik des Westens von außen verursacht. Die politische Unterdrückung erlebte ihre Zuspitzung durch willkürliches rigides Vorgehen gegen die Privatunternehmer und besonders Repressalien gegen die Kirchen. Aber die Bewegung in der Deutschlandfrage nach Stalins Tod und ganz besonders der von den Sowjets der SED-Führung am 4. Juni verordnete und am 11. Juni öffentlich gemachte Neue Kurs mit seinem selbstkritischen Tenor weckten neue Hoffnungen, sonst wäre kaum der Protestmarsch am 16. Juni gegen die Normerhöhung zu verstehen gewesen. Vom Aufstand wurden alle überrascht. Die Sowjetführer, die SED-Führung, die Westmächte und die westdeutsche Öffentlichkeit. Die Besatzungsmacht wusste sich nur durch die militärische Unterdrückung der Aufstandsbewegung zu behaupten, was weitreichende Folgen für den gesamten Machtbereich und die internationalen Beziehungen hatte. Die Aufständischen waren enttäuscht, auch von der Zurückhaltung der Westmächte, auch von westdeutschen Politikern, die sich zu wenig engagiert hätten, wofür es jedoch gewichtige Argumente gab. Am beschämendsten war das Verhalten der Spitzen der SED und der Regierung, das zu keinem anderen Zeitpunkt in der DDR-Geschichte das Missverhältnis zwischen behaupteter Macht und Legitimation mehr als in diesen Tagen im Juni enthüllte. Sie waren bis auf wenige Ausnahmen, wie Fritz Selbmann oder Herrnstadt oder auf seine Weise Otto Nuschke, zu

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

feige, sich den Demonstranten oder sonst sich der öffentlichen Diskussion zu stellen. Sie verdankten ihre Rettung, die Rettung ihrer Herrschaft nur der Besatzungsmacht. Und nichts kann die schnell einsetzende brutale Verfolgung von Teilnehmern an den Protesten rechtfertigen, schon gar nicht der Verweis auf die Omnipotenz der Besatzungsmacht. Das zeigt die skizzierte Bewertung des Aufstandes bis in die Endphase der DDR hinein und erwies sich schon 1956/57 an der gnadenlosen Verfolgung demokratischer Sozialisten, die wie eine Rache für den Schock am 17. Juni 1953 wirkte. Wie Harich, Janka und Loest wurden sie bis 1989 nie wirklich öffentlich rehabilitiert. Walter Janka hatte Recht, als er später notierte: „Jede Gesellschaft wird auch danach beurteilt, wie sie ihre Gegner behandelt. Wie sie in den Gefängnissen verfährt, in denen bekanntlich nicht nur Verbrecher sitzen.“

Der Hass der maßgeblichen SED-Führer ergab sich gerade daraus, dass Arbeiter nicht nur die Hauptakteure dieses Aufstands waren, sondern dass er auch mit den Kampfmitteln der Arbeiterbewegung durchgeführt wurde, von der ersten Demonstration bis zu den Massenstreiks in seiner Verbindung von sozialen mit politischen Forderungen, genauso elementar wie in der ersten Woche der Novemberrevolution 1918. Die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni bedeutete im Grunde das Ende der Arbeiterbewegung in der DDR.

Ich will mit dem eben Gesagten keine Charakterdiskussion, ob Arbeiter oder Volksaufstand, einleiten. Fast jeder Aufstand und fast nahezu jede Revolution sind umstritten und das mit Recht, sofern es sich dabei nicht um das Geltendmachen von vordergründig politischen Absichten handelt. Entscheidend sollte vielmehr sein, dass wir mit großer Achtung und ohne Wenn und Aber die Erinnerung an die wach halten, die damals für soziale und allgemeine Menschenrechte eingetreten sind und Opfer gebracht haben. Hüten sollten wir uns vor der Selektion in der Erinnerung, wenn es zum Beispiel um Schriftsteller oder andere Intellektuelle geht, die damals nicht lautstark ihren Protest in eine einzige Richtung gerufen oder geschwiegen haben, ohne dabei ihre Motive und ihre sonstige Biografie zu berücksichtigen. Und was da in jüngster Zeit geäußert wurde, zum Beispiel vor wenigen Tagen von Michael Rutz in einem Frühkommentar des ansonsten von mir hochgeschätzten Deutschlandfunks, lässt aufhorchen. Es erinnert fatal und bis in die letzte Formulierung an Angriffe aus konservativer Richtung auf Literaten wie einst Erich Kästner, Heinrich Mann, Karl von Ossietzky, Erich Maria Remarque und Kurt Tucholsky. Gewiss trifft es zu, Thomas Mann hatte im Juni 1953 mehr Sorge um die Gefährdung der Demokratie in Südkorea und in den USA als wegen der Erhebung in der DDR. Und Stefan Heym versuchte sich in seinen „5 Tage im Juni“ auch in die Lage und Motive der Machträger hineinzusetzen. Aber beide hatten zwischen 1933 und 1947 weltweit als Antifaschisten agiert und sorgten sich nicht zu Unrecht um neue Bedrohung von Rechts. Sie konnten nicht vergessen, dass es einen solchen Aufstand in der NS-Zeit nicht gegeben hatte. Übrigens hat eine ähnliche Beklemmung erst vor wenigen Tagen Ralph Giordano in Erinnerung an seine Zeit und den 17. Juni geäußert. Und schließlich hat Stefan Heym zu keinem Zeitpunkt seinen Frieden mit den Gegnern der Demokratie gemacht und war - auf die ganze Zeit gesehen - der Anreger zur kritischen Auseinandersetzung in und mit der DDR. Erich Loest, damals noch Genosse, wurde nach dem 17. Juni entschiedener Kritiker und Opfer und versuchte nach der Haft in der DDR kritisch-aufklärerisch zu wirken, bis es nicht mehr ging. Er hat dabei Wirkung erzielt und Hunderttausende mit seinem Buch „Es geht seinen Gang oder Mühen in der Ebene“,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

obwohl dieses Buch ängstlich in nur homöopathischen Dosen und unter dem Ladentisch abgegeben wurde, erreicht.

Versuchen wir also nicht auseinander zu dividieren, was zusammen gehört. Denken wir noch einmal daran, die Politiker, auch die des Westens, waren alle vom Aufstand überrascht und äußerten sich vielfach spontan, so wie es ihnen ihre politische Haltung eingab und dabei auch manchmal töricht. Adenauer glaubte noch nach den ersten Meldungen von den Unruhen an eine Provokation der „Zoffjets“, wie er zu sagen pflegte und es kostete Mühe, ihn davon abzubringen, das öffentlich zu verlautbaren. Nutzen wir hier im Landtag den zeitlichen Abstand, um im Land den Eindruck zu hinterlassen, es lohnt sich mit dem, was wir hier reden, zu befassen. Und zwar, weil wir versucht haben, uns in die Konflikte von 1953 und ihre Folgen hineinzudenken, dann wird man uns - vielleicht - auch zutrauen, dass wir mit den heutigen Konflikten nicht leichtfertig umgehen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

*[Quelle: Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ am 17. Juni 2003, hrsg. vom Sächsischen Landtag, Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, Heft 30, Dresden o.J. (2003), S. 11-15.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---